



## Pleiten, Pech und Pannen – Wirtschaftspolitik in Niedersachsen



### Pleiten 2005

Im vergangenen Jahr lagen den niedersächsischen Insolvenzgerichten insgesamt 3.290 Anträge von zahlungsunfähigen oder überschuldeten Unternehmen vor. Wie das Niedersächsische Landesamt für Statistik mitteilt, waren das 3,9% mehr Verfahren als im Jahr 2004 (3.166, was schon 1,6% mehr waren als 2003). Im Bundesdurchschnitt dagegen kam es bereits ab Januar 2005 in jedem Monat – mit Ausnahme des Junis – zu einem Rückgang bei den Unternehmensinsolvenzen gemessen am Vorjahresmonat.

### Pech

In Niedersachsen geht die Zahl der richtigen Jobs weiter überdurchschnittlich und stetig zurück.

„Für den Arbeitsmarkt in Niedersachsen gehen von der Wirtschaft - trotz der zuletzt positiven Konjunkturerwartungen verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute – weiterhin noch keine größeren Beschäftigungsimpulse aus. Die nach wie vor schwache Konjunktur führte zu einem weiteren Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Nach vorläufigen hochgerechneten Ergebnissen von Ende Dezember 2005 sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 11.533 bzw. 0,5% auf rund 2,3 Millionen (Westdeutschland: -46.437 bzw. -0,2% auf 21,29 Millionen). Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus lagen erneut im verarbeitenden Gewerbe (-8.464 bzw. -1,4% auf 591.500), im Baugewerbe (-3.777 bzw. -2,6% auf 141.000), im Bereich Erziehung und Unterricht (-3.089 bzw. -3,8% auf 79.100) sowie im Bereich Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (-2.522 bzw. -0,7% auf 370.000).“

Aus: Arbeitsmarktbericht 2/2006 vom 28.2.2006 der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hannover

### Pannen

Unter dem Titel „Roadmap 2021 des Wirtschaftsministers“ hat Minister Hirche ein Papier zur zukünftigen Wirtschaftspolitik

Niedersachsens vorgelegt. Wenn auch der Ansatz endlich mal nicht von der Hand in den Mund Politik machen zu wollen, sondern längerfristige Perspektiven zu entwickeln, löblich ist, legt Minister Hirche hier ein Papier voller Pannen vor.

Das Papier wimmelt von allgemeinen ideologischen Aussagen, die mit der Lebenswirklichkeit in Niedersachsen nichts zu tun haben. So soll der „Wettbewerb seine Funktion als Entdeckungsverfahren wieder erfüllen“, „Flexibilität muss gegen die Status Quo Bewahrer durchgesetzt werden.“ und „das Tariffkartell der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände darf nicht länger Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel zementieren.“

Leider gibt das Papier keine Perspektiven für Beschäftigung und Wachstum sondern ist reine Ideologie aus der Mottenkiste der Geschichte. Wer Interesse hat, kann eine Kopie dieses „Pannepapiers“ über uns erhalten.

Gute Informationen zur Lage in Niedersachsen bietet der neue (02/2006):

### Niedersachsen-Monitor 2005

Vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik (NLS), herunterzuladen unter:

<http://www.nls.niedersachsen.de/Download/Monitor/monitor-2005-gesamtwww.pdf>

## EU-Strukturförderung 2007 - 2013

Langsam kommen die Planungen für die nächste Struktur-



fundperiode in die Zielgerade. Es gibt eine grundsätzliche Verständigung aller EU-Institutionen über die Ziele der Strukturpolitik. Die Verhandlungen zwischen EP und Rat über die finanzielle Ausstattung haben begonnen und sollen im März/April beendet werden.

Die Mitgliedstaaten arbeiten ihre Nationalen Strategischen Rahmenpläne aus (erster Entwurf aus Deutschland steht). Parallel dazu werden von den Bundesländern die Operationellen Programme vorbereitet, die von der EU-Kommission dann genehmigt werden müssen.

Mit einem Volumen von z.B. ca. 1,5 Mrd. Euro für die Jahre 2007-2013 allein in Niedersachsen



sind die EU-Strukturfonds die zentralen wirtschaftspolitischen Instrumente der nächsten Jahre.

Mit den EU-geförderten Programmen werden wichtige Eckpfeiler der Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der Arbeitsmarktpolitik incl. Beschäftigungsförderung und Qualifizierung in den nächsten Jahren gesetzt.

Gewerkschaften sind aufgerufen, diesen Prozess aktiv zu begleiten und mitzugestalten.

Eine ausführliche Präsentation und weitere Informationen über den aktuellen Stand der Ausarbeitung der EU-Strukturförderung 2007-2013 sind bei uns erhältlich.

### Fair Play - Fair Handeln



Der Ball steht im Juni bei der Fußball WM 2006 im Mittelpunkt. Aber es kann nicht nur um den Ball gehen sondern es geht auch um den internationalen Handel und die Arbeitsbedingungen in der Sportartikelfertigung auf der Welt. Fußbälle z.B., die in deutschen Geschäften verkauft werden, sind zu 80% in Pakistan hergestellt worden, dort wiederum in einer einzigen Region: Sialkot im Nordosten des Landes. Die Region hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zum weltweiten Zentrum der Sportartikel- und Sportkleidungsherstellung entwickelt. Allerdings haben sich die Arbeitsbedingungen nur eingeschränkt mitentwickelt. Feste Arbeitsverträge, Arbeitssicherheit und Gesundheitsvorsorge, Gewerkschaftsfreiheit und Mindestlöhne gehören oft nicht zu den Selbstverständlichkeiten. 30.000 Menschen leben davon, dass sie mit Nadel und Faden einen Ball aus 32 sechseckigen Waben mit der Hand zusammennähen. Die WM ist Ansatzpunkt, die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern unserer Erde und die globalen ungerechten Handelsbeziehungen anzusprechen.

Infomaterialien und vielfältige Aktionsanregungen finden sich unter:  
<http://www.fairplay-fairlife.de/>

„Brot für die Welt“ hat eine neue Aktionszeitung mit vielen aktuellen Informationen, Reportagen und Tipps rund um das Thema „Fair Play for Fair Life“ herausgegeben. Die 16 seitige

Broschüre ist kostenlos unter Art.-Nr.: 112105120 bei „Brot für die Welt“ Karlsruher Str. 111, 70771 Leinfelden-Echterdingen zu bestellen.

In Zusammenarbeit mit der evangelisch-lutherischen Landeskirche veranstaltet der DGB Bezirk unter dem Motto "Fair Play – Fair Handeln" ein

**Street-Soccer-Turnier in Hannover**  
 Street-Soccer-Court,  
 Kleinfeld (10 x 15 Meter)



**Mitspielende Mannschaften werden gesucht!!**

**Termin: 12. – 17. Juni 2006**

Gewerkschaftsturnier: Dienstag, 13. Juni 2006

Info-Stände und Materialverteilung sind erwünscht

Details zur Anmeldung folgen!!

### Wie weiter mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie?

Das Ergebnis der Abstimmung zur ersten Lesung im Europäischen Parlament am 16.02.2006 ist ein Erfolg der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Der Gehalt des Kommissionsvorschlages ist deutlich geändert worden:

- Das bedingungslose Herkunftslandprinzip ist gefallen. Die Mitgliedstaaten müssen zwar für Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit innerhalb ihres Hoheitsgebiets diskriminierungsfrei sorgen, haben aber das Recht, den Dienstleistungserbringern bestimmte Anforderungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, des Umweltschutzes und der öffentlichen Gesundheit aufzuerlegen. Auch



dürfen die Mitgliedstaaten ihre Bestimmungen über Beschäftigungsbedingungen, einschließlich derjenigen in Tarifverträgen, anwenden.

- Die Richtlinie soll keine Anwendung finden auf das Arbeitsrecht und es darf auch nicht beeinträchtigt werden. Dies umfasst gesetzliche oder vertragliche Bestimmungen über die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen einschließlich der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, und die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Tarifverträge auszuhandeln, abzuschließen, zu verlängern und in Kraft zu setzen, sowie das Streikrecht und das Recht auf gewerkschaftliche Maßnahmen werden nicht in Frage gestellt. Auch soll die nationale Sozialgesetzgebung in den Mitgliedstaaten nicht berührt werden.
- Die Kontrolle soll im Erbringungsland stattfinden.
- Eine Einschränkung der Entsendegesetzgebung und Erleichterung der Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen wurden gestrichen.
- Dienstleister müssen in ihrem Heimatland zumindest mit angemessener Infrastruktur die wirtschaftliche Tätigkeit auf unbestimmte Zeit auch tatsächlich ausüben.
- Vom Anwendungsbereich der Richtlinie sollen u.a. ausgenommen werden:
  - Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (öffentliche Daseinsvorsorge),
  - Gesundheitsdienstleistungen,
  - Zeitarbeitsagenturen,
  - Soziale Dienstleistungen wie Dienstleistungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, Kinderbetreuung und Familiendienste,
  - Dienste der Wasserverteilung und der Wasserversorgung sowie der Abwasserentsorgung.

Nun geht das Gesetzgebungsverfahren in die nächste Runde. Zunächst wird die zweite Kammer, der Ministerrat ebenfalls seine erste Lesung abschließen. Hier kommt es auf das Verhalten der Bundesregierung an. Einige Länder (Tschechische Republik, Ungarn, Niederlande, Polen, Spanien und Großbritannien) haben schon deutlichen Protest gegenüber der Haltung des Europäischen Parlamentes geäußert. Nach der ersten Lesung im Rat geht der Richtlinienvorschlag wieder zurück ins EP zur zweiten Lesung, die dann wieder im Rat bei

dessen zweiter Lesung berücksichtigt wird. Gibt es keine Übereinstimmung zwischen Rat und EP, wird ein Vermittlungsausschuss einberufen. Sein mögliches Ergebnis muss dann sowohl vom EP als auch vom Rat gebilligt werden. Also – die Auseinandersetzungen werden noch mindestens ein Jahr lang weitergehen und die Gewerkschaften müssen jeden einzelnen Schritt aufmerksam und konstruktiv begleiten, damit die bisherigen Fortschritte nicht zurückgedrängt sondern ausgebaut werden.

Neben den Erfolgen bei der inhaltlichen Veränderung der Richtlinie ist es auch ein Erfolg, dass hier ein europäisches Thema als wichtiges wahrgenommen und in der europäischen Gewerkschaftsbewegung gemeinsam gehandelt wurde. Diesen Weg gilt es weiter zu entwickeln, nur so können wir das soziale Europa weitergestalten.

Der angenommene Text zur Dienstleistungsrichtlinie im EP ist zu finden unter:

<http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PUBREF=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0061+0+DOC+XML+V0//DE&L=DE&LEVEL=0&NAV=S&LSTDOC=Y&LSTDOC=N>

Eine ausführliche Präsentation zur EU-Dienstleistungsrichtlinie ist bei uns abzurufen.

### Was läuft in der Abteilung „Wirtschaft und Europa“?

Die Abteilung Wirtschaft und Europa bearbeitet im DGB die Themenfelder Wirtschafts- und Strukturpolitik, Europa, Umwelt und Mobilität.

In 2006 geht es z.B. um Innovationspolitik. Um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu gestalten brauchen wir mehr Innovationen. Der Weg der reinen Kostensenkung ist ein Irrweg. Es kann nur besser statt billiger gehen. Der DGB gestaltet im Innovationsnetzwerk Niedersachsen mit. Auch gilt es neue Beschäftigungsfelder anzustoßen; hier werden im Bereich der Seniorenwirtschaft und der nachwachsenden Rohstoffe Aktivitäten unterstützt. Motor für Wachstum und Beschäftigung liegt auch in einer besseren regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Die Prozesse der Regionalisierung in den Metropolregionen Hannover-Braunschweig-Göttingen, Hamburg, Bremen/Oldenburg



werden mit gewerkschaftlichen Anforderungen unterfüttert. Zentral für die Struktur- und Beschäftigungspolitik ist die Ausgestaltung der nächsten EU-Strukturfondsperiode 2007-2013. Hier wird der DGB deutlich gewerkschaftliche Schwerpunkte einbringen. Der DGB ist in den Begleitausschüssen der bisherigen Förderperiode beteiligt. Die Politik im Bereich der Bürgschaftsvergabe durch das Land Niedersachsen wird im Landeskreditausschuss begleitet. Zunehmend sind regionale Themen mit europäischen verknüpft. Insofern wurde und wird die Entwicklung der EU-Dienstleistungsrichtlinie intensiv begleitet, aber auch andere europäische Gesetzgebungen verfolgt, wie z.B. die Fusionsrichtlinie.

Daneben ist für den DGB ein wichtiges Arbeitsfeld das Netzwerk Europäische Betriebsräte. Die Dokumente der letzten Tagung „Unternehmensumstrukturierungen in Europa Gestaltungsaufgabe für Gewerkschaften und Euro-Betriebsräte“ ist zu finden unter: <http://www.niedersachsen.dgb.de/eurobetriebsraete/dokumente>.

Nur die Stärkung der europäischen Aktivitäten kann zu einer Sicherung von Arbeitsbeziehungen im Interesse der Beschäftigten beitragen. Der DGB arbeitet auch im Präsidium des Niedersächsischen Rates der Europäischen Bewegung mit.

Der DGB betreut auch weiter den Arbeitskreis für Umweltfragen im Bezirk, der schon seit 30 Jahren wichtige Impulse für die Umweltpolitik erarbeitet. In der 5. niedersächsischen Regierungskommission Umwelt im Wettbewerb arbeitet der DGB mit und bringt seine Position ein.

**Kontakt:**

DGB Bezirk  
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt  
Abteilung: „Wirtschaft und Europa“  
Dreyerstr. 6  
30169 Hannover

Abteilungsleiter: Bernd Lange  
Tel.: 0511 / 12601-30  
[bernd.lange@dgb.de](mailto:bernd.lange@dgb.de)  
Mitarbeit: Christa Piatkowski  
Tel.: 0511 / 12601-33  
[christa.piatkowski@dgb.de](mailto:christa.piatkowski@dgb.de)

[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

**Kreuz und Quer:**

Links:

Jede Menge Informationen über die Arbeitsbedingungen in Europa (leider auf Englisch)

<http://www.eurofound.eu.int/>

Termine:

Mit der Auster-Veranstaltungsreihe (Arbeit und Wohlstand im erweiterten Europa) werden Informationen über die europäischen Mitglieds- und Bewerberländer, deren Wirtschaftsstrukturen und Sozialdaten, Arbeitsmärkte und Sozialsysteme gegeben. Dabei werden auch Strategien für einen Ausbau des europäischen Sozialmodells diskutiert. Termine unter:

<http://www.auster-eu.de/>

Literatur:



"Wachstum und Beschäftigung in Europa. DGB-Positionen zur Lissabon-Strategie der Europäischen Union", Hrsg.: DGB Bundesvorstand, kostenlos bei uns erhältlich

Hintergrund:



Deutschlands Wettbewerbsposition hat sich entgegen tagtäglichen Behauptungen in den letzten Jahren deutlich verbessert: die gesamten Lohnkosten im Verhältnis zur Produktivität sind weit unter dem Durchschnitt gestiegen. Nicht ohne Grund ist Deutschland Exportweltmeister. Dies zeigt sich auch in der Region Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt insbesondere im Industriebereich, im Großhandel und bei der Logistik. Hohe Arbeitslosigkeit, zu geringe öffentliche Investitionen und keine Einkommenszuwächse lassen die Binnennachfrage aber zurückbleiben. Das muss endlich geändert werden.

